

Millionen Menschen in den reichen Industrienationen. Zudem müßte auch die DEA wissen, daß auf die diskreten Konten in den USA und in Europa auch dann noch Narco-Dollar fließen werden, wenn – in fünf bis zehn Jahren – synthetisch hergestellte Drogen das Kokain auf dem Markt abgelöst haben.

Die Kirche setzt auf Bewußtseinsbildung

Die katholische Kirche argumentiert anders: die wünschenswerte Eliminierung des Koka-Anbaus dürfte die Armen des Landes nicht zusätzlich treffen. Sie propagiert *alternative Anbaumöglichkeiten*, wohl wissend, daß diese trotz subventionierender Maßnahmen nur einen Bruchteil des Ertrags bringen werden. Das arme Bolivien ist ungleich stärker vom Drogengeschäft abhängig als die diversifizierteren Volkswirtschaften Kolumbiens oder Perus. Fast alle Länder Lateinamerikas sind jedoch in den 80er Jahren der Verelendung näher gekommen, wenn man den Lebensstandard der unteren und mittleren Schichten zugrundelegt. Da reagiert die lateinamerikanische Kirche empfindlich, wenn etwa die USA den Campesinos empfehlen, Kaffee statt Koka anzubauen und gleichzeitig die langjährigen Garantien für die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt zu Fall bringen.

In Bolivien setzt die Kirche auf *Bewußtseinsbildung unter den Campesinos*. Anders als die Bischöfe Kolumbiens ist der bolivianische Episkopat (39 Mitglieder, davon 17 Nichtbolivianer) stark sozial engagiert. Er ist ein geschätzter Vermittler bei politischen und sozialen Konflikten, wie im Fall der ehemals starken, heute durch interne Streitigkeiten geschwächten Gewerkschaft der Minenarbeiter. Die Bischöfe geben Volksorganisationen und Kooperativen Rückendeckung, die bei der Oberschicht und der Armee nach wie vor dem Kommunismusverdacht ausgesetzt sind, obwohl die staatliche Repression in den letz-

ten Jahren unter den zivilen Regierungen nachgelassen hat. Für die arme Mehrheit der Bevölkerung ist die Kirche die einzige gesellschaftliche Kraft, die auf ihrer Seite gegen die chronische Unterentwicklung des Landes kämpft. Daß ihr Personal (800 Welt- und Ordensgeistliche) und ihre materiellen Mittel bei weitem nicht ausreichen, zeigt sich an dem *Zulauf zu fundamentalistischen Sekten*, mit deren finanzieller wie personeller Ausstattung die katholische Kirche nicht konkurrieren kann. Innerhalb von 6 Jahren, so der Erzbischof von La Paz, *Luis Sainz OFM*, seien nahezu 20 Prozent der Bevölkerung zu den Sekten übergewechselt. „Sie lassen sich dort taufen, weil die Sekten mit Hilfe der USA ihnen Schulbildung, genug zu essen, Medikamente und Kleidung für die Kinder verschaffen.“

Der wachsende Einfluß der Sekten schwächt die katholische Kirche, die mit ihrer Sozialpastoral im Gegensatz zu den „unpolitischen“ Sekten die ganzheitliche Befreiung des Menschen im Blick hat und damit auch auf *mittel- und langfristige gesellschaftliche Veränderungen* setzt. In ihrer letzten größeren sozialpolitischen Erklärung vom Mai 1987 würdigte die Bischofskonferenz die Fähigkeit des bolivianischen Volkes, das mehr als 50 Prozent Indianer der Stämme Quechua und Aymara zählt, „zu anhaltendem Leiden“ (Weltkirche 7/1987, S. 212). Und der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof *Julio Terrazas* von Oruro, bot Papst Johannes Paul II. bei dessen Bolivienbesuch im vergangenen Mai (vgl. HK, Juni 1988, 265 f.) den „Reichtum unseres Leidens“ an. Dies kann aus christlicher Sicht nicht zynisch gemeint sein. Nach einigen Jahren erfolgreicher, aber sozial rücksichtsloser wirtschaftlicher Sanierung, so fordert die Kirche, müßte die neue Regierung jetzt deutliche soziale Akzente zu setzen versuchen. Das wird nicht ohne Hilfe von außen gehen. Helfen – und zwar mit langfristiger struktureller Entwicklungshilfe – könnten, weil nur sie über die nötigen Mittel verfügen, die westlichen Industrienationen.

Gabriele Burchardt

Kurzinformationen

Johannes Paul II. ruft zu neuer Solidarität angesichts der ökologischen Krise auf

In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1990, der unter dem Motto „Friede mit Gott dem Schöpfer – Friede mit der ganzen Schöpfung“ steht, weist der Papst auf die *ethische Dimension der ökologischen Krise* hin. Die Achtung vor dem Leben und an erster Stelle vor der Würde der menschlichen Person sei „fundamentale inspirierende Norm eines gesunden wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlichen Fortschritts“. Es gelte die Ordnung des Kosmos zu respektieren und die Früchte der

Erde allen zugute kommen zu lassen. Johannes Paul II. spricht sich für ein „Verwaltungssystem der Ressourcen der Erde“ aus, „das auf internationaler Ebene besser koordiniert ist“. Die Notwendigkeit einer konzertierten Aktion auf internationaler Ebene vermindere aber nicht die Verantwortung der einzelnen Staaten. Es brauche eine neue Solidarität, besonders in den Beziehungen zwischen den *Entwicklungsländern* und den hochindustrialisierten Ländern: „Die Staaten müssen sich immer solidarischer zeigen und sich einander ergänzen, indem sie gemeinsam die Entwicklung einer natürlichen, sozial friedlichen und gesunden Umwelt fördern.“ Ökologisches Gleichgewicht,

so der Papst in seiner Botschaft, könne nicht ohne die *Bekämpfung der strukturellen Armut* in der Welt erreicht werden. Die moderne Gesellschaft werde für die ökologische Krise keine Lösung finden, wenn sie nicht ihren *Lebensstil* ernsthaft überprüfe. „Einfachheit, Mäßigung, Disziplin und Opfergeist müssen das Leben eines jeden Tages prägen, auf daß nicht alle gezwungen werden, die negativen Konsequenzen zu tragen, die durch die Gleichgültigkeit von wenigen verursacht worden sind.“ Dringend erforderlich sei eine *Erziehung zur ökologischen Verantwortung*. Ihr Ziel dürfe weder ideologisch noch politisch sein und ihr Ansatz könne sich auch nicht auf die Ablehnung der modernen Welt oder den vagen Wunsch nach einer Rückkehr zum „verlorenen Paradies“ stützen. Johannes Paul II. weist darauf hin, daß auch „Männer und Frauen ohne besondere religiöse Überzeugungen“ es aufgrund ihrer eigenen Verantwortung für das Gemeinwohl als ihre Pflicht ansähen, ihren Beitrag zur Sanierung der Umwelt zu leisten. „Um so mehr müssen diejenigen, die an Gott den Schöpfer glauben und folglich überzeugt sind, daß in der Welt eine fest umschriebene und zielstrebige Ordnung besteht, sich aufgerufen fühlen, sich mit diesem Problem zu beschäftigen.“

Politische Debatten auf der Herbstvollversammlung des ZdK

Die diesjährige Herbstvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn-Bad Godesberg (24./25. November) hatte eine auffallend dichte Tagesordnung. Sie verabschiedete eine umfangreiche, viel beachtete *Erklärung zum schulischen Religionsunterricht*. Die Erklärung setzt sich nüchtern mit dessen faktischer Situation auseinander und ist um Neubegründung seiner Wichtigkeit und Dringlichkeit gerade in der säkularen Gesellschaft bemüht (vgl. den Wortlaut, ds. Heft, S. 31). Daneben gab es eine ausführliche, zum Teil heftige Aussprache zum *Verhältnis Deutsche-Polen* und zur polnischen Westgrenze. Es referierten dazu der Sonderbeauftragte des polnischen Ministerpräsidenten für die Verhandlung mit der Bonner Regierung, *Mieczysław Pszon*, und von deutscher Seite der Präsident der Katholischen Universität Eichstätt, Professor *Nikolaus Lobkowicz*. In der Aussprache dazu kam nochmals das Echo auf die gemeinsame Erklärung deutscher und polnischer Katholiken vom 1. September 1989 (vgl. HK, September 1989, 417f.) zur Sprache. Dabei gab es angesichts gehässiger Reaktionen aus Vertriebenenkreisen auch Kritik an der Vertriebenenenseelsorge. Es wurde bezweifelt, daß diese bisher genügend im Sinn gegenseitiger Versöhnung gewirkt habe. Die Vollversammlung verabschiedete auch eine Erklärung zur Asylantenpolitik und einen Aufruf zur Hilfe für die Menschen in Ländern Ost- und Südosteuropas. In der *Erklärung zur Asylantenpolitik* wendet sich das ZdK gegen die Praxis einer langfristigen Unterbringung in Sammelunterkünften, gegen den Ausschluß von Selbstverköstigung und gegen langjährige Arbeitsverbote. Es

machte aber zugleich auf die zunehmenden Schwierigkeiten aufmerksam, die das Asylantenproblem darstelle, und forderte zur konsequenten Bekämpfung von Flüchtlingsursachen in den Herkunftsländern auf. Der *Hilferuf für osteuropäische Länder* galt speziell der Hilfe für Kinder, Jugendliche und alte Menschen, von denen sich gerade in diesem Winter viele in extremer Not befänden. In dem traditionellen *Bericht zur Lage*, der auffallend stark politisch akzentuiert war, beschäftigte sich die Präsidentin des ZdK, *Rita Waschbüsch*, neben der deutschen Frage (vgl. ds. Heft, S. 5) und den Entwicklungen im Osten auch mit den *Republikanern*. Diese seien nicht vertrauenswürdig und für überzeugte Katholiken nicht wählbar. Sie seien fremdenfeindlich, verharmlosten Naziverbrechen, polarisierten in unerträglicher Weise und gefährdeten „extrem den sozialen Konsens“. Auf der Vollversammlung wurde auch die *Möglichkeit der Gründung eines ZdK in der DDR* angesprochen (vgl. ds. Heft, S. 5) und in Aussicht genommen und mit Freude festgestellt, daß beim Katholikentag im Mai 1990 zum erstenmal wieder zahlreiche Besucher aus der DDR würden teilnehmen können. Der *übernächste Katholikentag* soll laut Beschluß der Vollversammlung vom 17.–21. Juni 1992 in Karlsruhe stattfinden.

Vom 19. bis 22. November fand die zweite Sitzungsperiode der Hildesheimer Diözesansynode statt

Ein halbes Jahr nach der ersten Session (vgl. HK, Juli 1989, 336) befaßte sich die Hildesheimer Diözesansynode auf ihrer zweiten Sitzungsperiode in erster Lesung mit zehn Beschlußvorlagen zu den pastoralen Sachgebieten „Gemeinde angesichts des Priestermangels“, „Ehe und Familie“, „Feier des Sonntags“ sowie „Gerechtigkeit und Frieden – Bewahrung der Schöpfung“. Die Diözesansynode steht unter dem Thema „Kirche und Gemeinde – Gemeinschaft mit Gott, miteinander, für die Welt“. Von den 189 Synodalen sind 97 Geistliche und 92 Laien, darunter 36 Frauen. Die zur Beratung anstehenden Entwürfe trafen auf ein sehr unterschiedliches Echo, von der Ablehnung eines Papiers (wie Fall einer Ausarbeitung zum Thema „Sonntag“) bis hin zur Annahme mit Modifikationen. Als ein die Gemeinden besonders beschäftigendes Thema erwies sich dabei die Lage der *wiederverheirateten Geschiedenen*. In der bisherigen Fassung der entsprechenden Beschlußvorlage spricht sich die Synode dafür aus, wiederverheiratete Geschiedene, die „ernsthaft die Gemeinschaft mit einer Christengemeinde suchen, auch zum Empfang der Eucharistie“ zuzulassen. Bischof *Josef Hommer* warb in der Debatte zu diesem Thema um Verständnis für die ihm in dieser Angelegenheit gesetzten sachlichen Grenzen. Er bat die Synode, sich in der entsprechenden Vorlage zur Unauflöslichkeit der Ehe zu bekennen. Eine entsprechende Aussage fehlte in der Vorlage. Der Vorstand der Synode beschloß unterdessen, eine zunächst nicht vorgesehene vierte Session abzuhalten. Sie soll noch vor den Sommerferien 1990 stattfinden.

Am Ende der ersten Sitzungsperiode hatte man sich erst zur Veranstaltung einer dritten Sitzungsperiode entschlossen. Diese wird vom 12. bis 16. März stattfinden.

Britische Kirchenführer kritisieren die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Thatcher

Mehr als 150 prominente Vertreter aller britischen Kirchen unterzeichneten die Erklärung „Den Aufschrei der Armen hören“, die am 4. Dezember 1989 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der Text wurde in zweijähriger Arbeit von der Initiativgruppe „Church Action on Poverty“ erstellt. In der Erklärung werden die Auswirkungen der von der Regierung Thatcher in den vergangenen Jahren durchgeführten *Privatisierungsmaßnahmen*, der *Steuersenkungen* und der Reformen im Gesundheitsbereich kritisiert. Die britische Gesellschaft werde immer mehr in eine Richtung getrieben, die der göttlichen Botschaft zuwiderlaufe. Die Politik der achtziger Jahre habe zu einem gewaltigen Anwachsen der Zahl der Obdachlosen und der Bettler in Großbritannien geführt und insgesamt eine neue Unterklasse in der britischen Gesellschaft geschaffen, der zu wenig Hilfe und Unterstützung zuteil werde. Die Sozialhilfe sei so niedrig angesetzt, daß die Betroffenen für den Erwerb lebensnotwendiger Dinge Kredite

aufnehmen müßten. Die Wartelisten im öffentlichen Gesundheitswesen seien durch Schließung von Krankenhäusern enorm angewachsen und geistig Behinderte würden ohne Unterstützung aus Heimen entlassen. Der Erzbischof von Liverpool, *Dereck Worlock*, prominentester katholischer Unterzeichner der Erklärung, äußerte in einer Stellungnahme, der von Frau Thatcher vertretene Glaube, bei Steuererleichterungen werde der wachsende Wohlstand der Reichen zum Teil an die Armen weitergegeben, habe sich als falsch erwiesen. In den Außenbezirken von Liverpool könne man die vielen Armen, die Menschen ohne Aussichten auf einen Arbeitsplatz und die Verzweiflung vieler Familien sehen. „Den Aufschrei der Armen hören“ wurde auch von zwölf Bischöfen der Kirche von England unterzeichnet, darunter Bischof *David Sheppard* von Liverpool, der sich zusammen mit seinem katholischen Amtsbruder seit Jahren sehr engagiert für die Belange der durch den Strukturwandel ausgebluteten mittelenglischen Stadt einsetzt. Zu den Unterzeichnern gehören auch der Moderator der Generalversammlung der (reformierten) Kirche von Schottland, der Präsident der englischen Methodistenkonferenz und der Präsident der Baptisten-Union. Die Erklärung ruft alle Christen dazu auf, „auf eine neue soziale Ordnung hinzuwirken, die die Gerechtigkeit des Reiches Gottes besser widerspiegelt“.

Bücher

ZDENĚK MLYNÁŘ, *Was kann Gorbatschow ändern? Möglichkeiten, Grenzen und Zukunft sowjetischer Reformpolitik*. Herder Taschenbuch Verlag, Freiburg 1989, 221 S. 14,90 DM.

Diesem Buch erging es wie manchen anderen, die über die sowjetische Reformpolitik und die Entwicklungen in Osteuropa im abgelaufenen Jahr geschrieben wurden. Sie mußten sich durch die Ereignisse überrollen lassen, noch ehe das Manuskript abgeschlossen oder das Produkt beim Kunden war. Überholt ist Mlynárs Analyse dadurch keineswegs. In einem vom August 1989 datierten Nachwort schiebt der Autor zwar selbst „Retractiones“ nach. Er räumt ein, daß er auf die wirtschaftliche Problematik und die Hemmnisse, die sich von dort einem erhofften Erfolg von Gorbatschows Politik entgegenstellen, zu wenig eingegangen sei und die Nationalitätenfrage unterschätzt habe – für einen so guten Kenner osteuropäischer und sowjetischer Verhältnisse ein erstaunliches Defizit und ein ebenso erstaunliches Eingeständnis. Aber seine Darstellung der Veränderung in der Sowjetunion seit dem Tode Stalins und der Unterschiede zwischen der Chruschtschow-Ära – in der es letztlich bei einer begrenzten Stalinismuskritik blieb – und Gorbatschows Perestrojka-Politik, die trotz der Unbeweglichkeit der breiten Massen

und der Widerstände im Parteiapparat mit mehr Unterstützung in der Bevölkerung rechnen kann, weil sich auch die sowjetische Gesellschaft – z. B. durch Anhebung des Bildungsniveaus – weiterdifferenziert hat, hilft, Gorbatschows Gratwanderung und die von ihm selbst und vom System gesetzten Grenzen besser zu verstehen. Nüchtern legt Mlynár den Kern des politischen Problems des Kommunismus als Herrschaftsform bloß, der sich in der Sowjetunion offensichtlich als sehr viel resistenter erweist als in den anderen bisher kommunistisch geführten Ländern Osteuropas mit mitteleuropäischer Kultur und wenigstens in Ansätzen demokratischer Vorgeschichte: die ausschließliche Beherrschung der noch kaum eigenständig entwickelten gesellschaftlichen Potentiale durch die kommunistische Partei und die totalitäre Vereinnahmung des Staates durch den sich mit der Gesellschaft gleichsetzenden Parteiapparat. Konsequenter sieht Mlynár deshalb in der stufenweisen Einforderung von mehr Rechtsstaatlichkeit eine Hauptchance für eine dauerhafte und nicht mehr umkehrbare Demokratisierung. Mlynár, einst herausragender Vertreter des Prager Frühlings und als Student in Moskau mit Gorbatschow persönlich bekannt – gegenwärtig ist er Professor für Politikwissenschaft –, scheint allerdings wie die meisten einstigen und heutigen Reformkommunisten an *einer* Überzeugung festzuhalten